volle Episode bedeutet, die uns jedoch einen Einblick in Organisation, Aufgaben und Möglichkeiten des Schwäbischen Bundes erlaubt. Für das Herzogtum Württemberg war jedoch mit diesen Ereignissen zu Beginn des Reformationszeitalters ein bedeutsamer Abschnitt seiner Geschichte eingeleitet worden, der zumal auch für das Verfassungsleben des Landes¹¹ nicht ohne Wirkung blieb.

Hinweise auf Quellen und Literatur:

¹ K. Klüpfel, Urkunden zur Geschichte des Schwäbischen Bundes (1488–1533), Bd. 1, Stuttgart 1846, S. 39. –

² K. S. Bader, Der deutsche Südwesten in seiner territorialstaatlichen Entwicklung, Stuttgart 1950, S. 187. – ³ Abgedruckt bei J. Ph. Datt, De pace imperii publica, Ulm 1698, S. 382–400. – ⁴ Klüpfel, Bd. 2, Stuttgart 1853, S. 72. – ⁵ Ebd., S. 55. – ⁶ Stadtarchiv Ulm, A 1136. – ⁷ Dazu und für das Folgende: Stadtarchiv Ulm, Ratsprotokoll 1519, Fol. 264–313 und A 1136. – ⁸ Vgl. dazu K. Hanneschläger, Die freie Reichsstadt Ulm. Siedlungsentstehung und Verfassungsgeschichte bis zum Ende der Zunftverfassung 1548, Diss. jur. Tübingen 1956, masch. Ms., S. 212. – ⁹ Klüpfel, Bd. 2, S. 160. – ¹⁰ Ausführliche Schilderung bei Ch. F. von Stälin, Wirtembergische Geschichte, 1. Abteilung, Stuttgart 1870, S. 164–168. – ¹¹ Vgl. dazu W. Grube, Der Stuttgarter Landtag 1457–1957. Von den Landständen zum demokratischen Parlament, Stuttgart 1957, S. 108–174.

Aus württembergischen Forstordnungen

Von Willy Leygraf

Löblichem Brauch zu folgen, wollte der Verfasser diese hier vorgelegte Darstellung anknüpfen an eine Erörterung oder auch nur Nennung dieses oder eines verwandten Themas durch den zu feiernden Jubilar. Mag sein, dem Verfasser ist es gelungen, ein Gebiet zu finden, aus dem der so vielseitige Ernst Müller noch nichts publiziert hat, mag – wahrscheinlicher! – sein, der Verfasser hat immer noch nicht gründlich genug gesucht und ist also an eben dieser Vielseitigkeit des Jubilars gescheitert. Statt zitierenden Bezugs hier also nur dies: Dank für manche Stunde so anregenden wie lehrreichen Schmökerns, Lesens und Wiederlesens!

„Wiewol Wir vor etlich verschinen jarn, ausser ereischender notturfft, ein gemeine vorst vnd holtz ordnung wie es damit allenthalben in Vnserm Fürstenthumb Wirtemberg, gehalten werden soll, zum ernstlichsten fürnemen vnd ausschreiben haben lassen, befinden Wir doch, das dieselbig bey etlichen biß anher wenig volnzozen, vnd gantz varlessig gehalten worden ist, sonder auch die höltzer vnd wäld täglichen jelenger, je mehr, in beschwerlichen vnd schedlichen abgang geraten...“ So heißt es im einleitenden Abschnitt der – seit Reyscher¹ meist als die zweite bezeichneten – württembergischen Forstordnung von 1540. Kieß² hat darauf hingewiesen, daß es sich dabei eigentlich um eine fünfte Fassung der württembergischen Forstordnung handelt. Doch das kann hier außer Betracht bleiben, weil es im folgenden vor allem darauf ankommt, zu zeigen, welche Motive die Veranlasser und Verfasser der Forstordnungen bestimmten und wodurch diese die Anfänge sowohl planmäßiger Forstwirtschaft als auch überlegter Forstpolitik markieren. Aus dem gleichen Grund werden auch die weiteren Texte³ des 16. und beginnenden

17. Jahrhunderts in einer Form dargeboten, die dem heutigen Leser nicht allzu beschwerlich ist.

Es gehört zu den stereotypen Eingangsformeln der Forst- und Holzordnungen, daß die Wälder „in Abgang geraten“ seien und „dadurch in wenig Zeit merklicher Mangel an Holz“ sich ergeben werde. Und also erscheint auf den ersten Blick für die meisten Leser als Motiv des landesherrlichen Veranlassers der jeweiligen Forstordnung, er habe diese abfassen, erneuern oder neu bekanntmachen lassen, weil „... Wir solch Abgang, Mangel und Gebrechen, so nit allein Uns, sondern Unsers Fürstentums Wirtemberg Untertanen und Verwandten daraus erfolgt, vor Augen haben...“

Nun, bei genauerem Hinsehen erweist sich: so unmittelbar drohend, wie er dargestellt wird, war der Holzbedarf nicht – aufs Ganze gesehen. Ausgehauen und durch Weidebetrieb im Fortkommen behindert waren die Wälder in der Nähe der Siedlungen, der Dörfer, der Städte und Residenzen, nicht zuletzt auch im unmittelbaren Einzugsbereich der fließbaren Gewässer. Das ergibt sich schon aus der Anordnung, den Holzbedarf möglichst aus entlegenen Wäldern zu decken, die noch vorhandenen Bestände in günstiger Lage dagegen „auf den Notfall“ zu sparen. Die Einleitungsformel vom herrschenden oder drohenden Holzbedarf hat offensichtlich ganz bestimmte Funktionen: Sie soll die landesherrliche Fürsorge erkennbar machen und zugleich die Untertanen mit Nachdruck darauf hinweisen, wie wichtig und geradezu lebensnotwendig die Einhaltung der so eingeleite-

ten Bestimmungen sei. Die eigentlichen Gründe und Motive dürften dagegen etwas differenzierter gewesen sein. Die Forstordnungen erweisen sich bei näherer Betrachtung als Zeichen für die beginnende Entwicklung aus den mittelalterlichen Verhältnissen zur später im Merkantilismus kulminierenden Wirtschaftspolitik, zur geordneten Forstwirtschaft und – nicht zuletzt – zum Territorialstaat.

Zunächst einmal markieren die Forstordnungen den Übergang von der extensiven Nutzung (die man fast Exploitation nennen könnte) zur intensiven Produktions- und Vorratswirtschaft. Der Wald soll künftig nicht mehr lediglich Holz für den jeweiligen Bedarf des Landesherrn und der Untertanen liefern: der Landesherr will regelmäßige und möglichst hohe Einnahmen aus seinen Forsten erzielen. Hatte bis dahin der Wald weithin zur Deckung des Bedarfs gedient, jetzt sollte er direkt durch den Verkauf der Nutzungen und indirekt durch die Förderung holzverbrauchender Gewerbe eine Rente bringen. Dazu mußten aus dem Forstwesen die Reste mittelalterlicher Naturalwirtschaft beseitigt werden. Rechte und Gerechtigkeiten wurden überprüft und auf eine korrigierte Basis von Zins und Miete abgestellt, die Vergabe von Holz in Erfüllung der Gerechtigkeiten oder als Entlohnung wurde mehr und mehr eingeschränkt zugunsten des Verkaufs: „Es sollen auch weder Forstmeister noch Knechte niemandem an ihren Zehrungen kein Holz mehr geben, sondern alles Holz zu Geld anschlagen, verkaufen und auch dasselbige Geld durch den Forstmeister geantwortet werden, daß niemand sagen mög', das Holz werde in ander Weg, denn zu unserem Kammergut verkauft.“ Und in der unter Herzog Christoph 1552 erlassenen Forstordnung heißt es, wie übrigens auch noch in späteren Bestimmungen: „... sollen unsere Waldvögt, Forstmeister und Knecht davon ihnen selber ohne Befehl nichts bestehen noch genießen; alle Benützung klein und groß, so sie bisher genossen haben, nichts ausgenommen, sollen ihnen fürhin gänzlich abgestriekt sein, sondern hinfüro solches alles und was Nutz tragen mag, in jedes Waldvogts und Forstamts Rechnung eingezogen werden; und soll sich ein jeder seines Solds, wie man sich mit ihm darum vertragen hat, begnügen lassen.“

Sehr genaue Anweisungen über das Aufmessen und Verkaufen des Holzes, für die Buchführung auf den Forstämtern, besonders über die urkundliche Verrechnung aller Einnahmen, lassen die Absicht erkennen, die Forstnutzung zu einem Bestandteil der gesamten Staatswirtschaft zu machen. (Eine Trennung

von Hofkammer und Staatshaushalt war allerdings noch nicht durchgeführt.)

Um den angestrebten Zweck zu erreichen – und weniger aus Gründen eines akuten Holz Mangels –, wurde die bis dahin weithin willkürliche Nutzung durch strenge Vorschriften geregelt; so war man vor allem darauf aus, einen möglichst großen Nutzholzanteil zu erzielen. Es sollte nicht mehr und vor allem nicht stärkeres Holz angegriffen werden, als für den jeweiligen Zweck nötig war. Für Brennholz und zum Zwecke der Köhlerei wurde zunächst auf Windfälle, Schneebrüche, abgängige Stämme und die Abfälle der Nutzholzgewinnung, auf die sogenannten Afterschläge, verwiesen. Und weiter heißt es: „Tannenholz, so zum Verkohlen, zu Rebstecken, Schindeln und in ander dergleichen Weg gebraucht wird, soll nit auf der Ebene oder an anderen gelegenen“ – also: gut erreichbaren – „Orten, da es zu besserem Nutzen gebraucht werden mag, verkauft werden, sondern allein in den Klingen und Tälern an solchen Enden, da man sonst mit der Fuhr nit wohl hinkommen mag. Damit kommt das ungelegen Holz auch zu nutz; und mögen die gelegenen Wälder desto besser zu anderer Notdurft gespart werden.“ Es sollte also im Zuge einer sparsamen Wirtschaftsführung das Holz so entnommen werden, daß es in jedem Falle den größtmöglichen Nutzen bringt. Aus diesem Bestreben sind auch all diejenigen Bestimmungen zu verstehen, die den einzelnen Gewerben den Bezug des von ihnen benötigten Holzes sicherstellen sollten – aber nur im Rahmen des unbedingt Notwendigen! Man muß bedenken, daß im 16. Jahrhundert das Holz als Brenn- und Rohstoff und als Material für viele Handwerke ungleich größere Bedeutung hatte als in späteren Zeiten. Die Steinkohlenlager waren noch nicht erschlossen und die Verwendung des Eisens hatte noch längst nicht die später selbstverständliche Ausdehnung erfahren. Die Art der Verwendung des Holzes und die Bearbeitungsmethoden bedingten außerdem einen wesentlich höheren Verbrauch: Die Balken der Häuser waren mächtiger, die Möbel schwerer; man arbeitete vielfach mit der Axt aus dem Vollen heraus. Dadurch war der Anteil des zum Brennholz fallenden Rests verhältnismäßig hoch.

Die Bestimmungen der Forstordnungen über das Werkholz dienten nun sowohl der Schonung und möglichst rücksichtsvollen Verwendung des Holzvorrats als auch der Versorgung aller Untertanen mit den benötigten Rohstoffen. Sie sollten deshalb die Entnahme von Holz aus den Wäldern sowohl dem jeweils angetroffenen Vorrat als auch dem Bedarf an-

passen. Für Werkholz galt dabei nur der Bedarf der eigenen Untertanen als Maßstab.

An eine systematische Förderung holzverarbeitender Gewerbe zum Zwecke des Exports wurde dabei noch nicht gedacht, als Rohstoff eines wertsteigernden Veredlungsgewerbes war das Holz noch nicht entdeckt. Lange konnten sich in den Forstordnungen Bestimmungen halten, die jeden Weiterverkauf von Holz und Holzprodukten verbieten. Dahin gehört auch diese Anweisung: „Wir wollen und befehlen auch, daß unsere Forstmeister, Waldvögt, Untertanen und Schirmverwandten niemand Holz zu Kohlen zu kaufen geben, er verspreche denn, dasselbige Holz zu verkohlen und die Kohlen nirgends hin, denn unseren Untertanen und Schirmverwandten zu ihrem Handwerk zu verkaufen oder zu freiem Feilkaufen auf die Märkte in Unserer Oberkeit zu führen . . .“

Besonders differenziert waren die Bestimmungen wegen des Bauholzes: Menge, Art und Ort des Einschlags sollten von den Forstbediensteten nach Prüfung von Berechtigung und Bedarf sorgfältig festgesetzt werden; das Holz mußte zu bestimmten Zeiten geschlagen, umgehend abgefahren und im nächsten Sommer verbaut werden. Wer es verbrannte oder verkaufte, verfaulen oder sonst verkommen ließ, wurde bestraft; in manchen Stücken wurden die Forstordnungen zu Bau- und Baupolizeiordnungen: „Welche in Unserem Herzogtum bauen und Holz dazu aus Unseren Wäldern haben wollen, denen soll nichts gegeben werden, sie bauen denn mit Rat, Wissen und Willen unserer Amtleut und Forstmeister. Es sollen auch unsere Forstmeister und Knecht in ihren Bezirken jährlich umreiten und mitsamt dem Gericht in jedem Flecken umgehen und besichtigen, daß Unsere Untertanen ihre Häuser und Scheuern in Ehren halten. Es sollen auch Unsere Waldvögt und Forstmeister zu den Gebäuden kein ander Holz geben, denn das die Eigenschaft und die Notdurft desselbigen Baus erfordert. Und dieweil das Tannenholz leichtlicher, dann das eichene zu bekommen, so soll man an den Orten, da das Tannenholz mag erlangt werden, zu Pfetten, Balken, Rechen, Riegel und anderem, vorab in der Trückne und dahin das Wetter nicht leichtlich fallen mag, das tannene Holz gebrauchen und das eichene sparen.“

Vorschrift über Vorschrift mahnt zur überlegten, möglichst nutzbringenden Verwendung des Holzes. Es ist verständlich, daß die Regelung des gesamten Forstbetriebs mit der Regelung von Verbrauch und Nutzung einsetzte. Hatte man in den früheren Jahrhunderten im Wald mehr oder weniger den nicht auszuschöpfenden Vorrat an Holz gesehen, der zur

Deckung des Bedarfs eines jeden dienen konnte: die Forstordnungen zeigen die Erkenntnis, daß im Wald über die Bedarfsdeckung hinaus ein wirtschaftlich verwertbarer Rohstoff produziert werden kann – und zwar mehr oder weniger gewinnbringend je nach den Produktionsmethoden. Das führte zu sehr konkreten Bestimmungen: „. . . soll das Holz nieder und auf dem Boden abgehauen und kein Stump oder Stock gemacht und gelassen werden, gleicher Gestalt in der Untertanen Wäldern. Zum anderen sollen die Haue in bestimmter Zeit abgehauen, gesäubert und geräumt werden, nit allein in Unseren Wäldern, sondern auch in Unserer Untertanen Wäldern.“ Auf die willkürliche und unregelmäßige Bedarfsdeckung, die planlos auf weiten Flächen die jeweils geeignet erscheinenden Stämme herausfemelte, folgte mit solchen Anweisungen eine flächenmäßig geordnete Nutzung einzelner Schläge.

Dabei handelte es sich nun durchaus nicht immer um Kahlhiebe. Schwächerer Jungwuchs verblieb ohnehin auf den Flächen; darüber hinaus schrieben die Forstordnungen vor: „So man einen Schlag verkauft, sollen die Eichen und berhaften Bäume allweg ausgenommen und nit verkauft noch abgehauen, damit dieselbigen zu Bauholz oder anderer Notdurft mögen gebraucht werden.“ Wenn allerdings dabei unter „berhaften Bäumen“ auch Wildobstbäume wie besonders wilde Apfel- und Birnbäume verstanden wurden, so dürfte dabei weniger an das zu erzielende Bauholz als an die Jagd, d. h. an die Ernährung des Wildes, gedacht worden sein und von Ort zu Ort in unterschiedlichem Maße auch an Waldweide und Eckerichnutzung.

Für die eigentliche Forstwirtschaft war dagegen eine andere immer wieder ausgesprochene Anweisung besonders wichtig: „In jeglichem Morgen sollen mit Fleiß aufgezeichnet werden die gerädesten und stärksten Raitel, am wenigsten sechzehn Stämm; und nit minder für und für zu jedem Hau dergestalt gehaiet (d. h. gehegt, gebannt, geschützt) werden, also wenn einer oder mehr Stämm oder Bannraitel von den sechzehn Stämm abgehauen werden, soll allwegen die vorbestimmt Zahl wiederum erfüllt und ersetzt werden.“ Zugleich wurden Anweisungen gegeben, die das Ausschlagen der Laubholzstöcke begünstigen und die Wiederbegrünung fördern sollten: die Schläge sollten möglichst schnell und vollständig geräumt und dann gebannt – „gehaiet“ – werden „so lang und so viel, bis sie dem Vieh wohl entwachsen“. Das heißt: der Weidebetrieb wurde für einige Jahre verboten, damit das junge Holz unbeeinträchtigt und gleichmäßig aufwachsen konnte. Dabei wird das Be-

triebsziel erkennbar: ein nicht sehr altholzreicher Mittelwaldbetrieb.

Auf die Dauer setzten sich auch Regelungen der Umtriebszeit in einer frühen Art von Fachwerk durch: „... Unser ernstlicher Befehl, daß Unsere Beamten alles Holz in gutem Hau fällen und sonderlich wohl in Acht nehmen sollen, daß die Wälder an einem Ort, da sich's am füglichsten schickt, angegriffen, ein Schlag nach dem anderen gemacht, und von Jahren zu Jahren also ohnausgesetzt fortgetrieben werde, damit, wenn man an das End des Waldes kommet, der erste und vorderste wiederum an die Statt gewachsen sei.“

Allerdings stammt diese Regelung aus dem 17. Jahrhundert, um gut ein halbes Jahrhundert haben wir damit über die Zeit der Forstordnungen hinausgegriffen. Aber schon in der von 1526 stammenden Fassung der württembergischen Forstordnung findet sich der Grundsatz, daß Nadelholzbestände zu durchforsten seien. Anderswo hatte man schon früher angeordnet, bei Bedarf an schwächeren Sortimenten besonders dicht stehende jüngere Nadelhölzer anzugreifen; hier ist dagegen zum ersten Male die Absicht einer Beeinflussung des künftigen Bestandes auf dem Wege der Durchforstung ausgesprochen: „... sollen unsere Forstmeister im Maien die überflüssigen Stangen zu Leitern und sonst verkaufen und heraushauen lassen; damit werden die Wälder licht und geläutert, und mag das übrige Holz, so ohne das erstickt und am Wachsen verhindert würd, desto besser fürschießen und aufwachsen.“

Auch das Problem der überalterten Bestände war den Verfassern der Forstordnungen bekannt. Solche Bestände waren besonders dort anzutreffen, wo über lange Zeit wegen der Jagd oder aus anderen Gründen ein Bann ausgesprochen und beachtet worden war. So heißt es in einer besonderen Schönbuch-Ordnung von 1581: „Als Wir auch berichtet werden, daß Unser Schönbuch wohl zum halben Teil im Bann liegt und etliche große Plätze jetzo sich als ungewächsig erzeigen, so wollen wir solche gebannten Plätze öffnen und in die Weid legen lassen und folgend nach und nach Häu, soviel immer möglich, fürnehmen . . .“

In der Schönbuch-Ordnung von 1583 findet sich des weiteren die Anordnung, es sollten „etlich derselben Platz aufgeräumt, umgebrochen und mit Eicheln und Bucheln besamt werden“. Und in der Forstordnung von 1614 wird, um dem Zustand der Wälder abzu- helfen, angeordnet: „Damit das Eichenholz desto mehr erwachsen und zum Aufnehmen möge gebracht werden, so sollen Unsere Beamte daran sein, daß, wo bei den Städten und Dörfern weite Plätze und Allmanden seien, darauf vor Jahren Holz gestanden,

junge Eichenstämme an unschädlichen Orten ausgegraben und im Beisein Unserer Waldvögt, Forstmeister oder Knecht auf einen gewissen Tag an selbige Plätze sollen gesetzt, mit Dornen verbunden und aufgehäiet werden.“

Mit Saat und Pflanzung also ging man den Egerten und wüsten Plätzen zuleibe. Man begnügte sich nicht mehr damit, die Nutzung zu ordnen und eine systematische Pflege der heranwachsenden Wälder zu befehlen, man verließ sich nicht mehr nur auf die Stockausschläge und auf die natürlich angeflogene Verjüngung: man war mehr und mehr bemüht, mit technischen Mitteln neue Bestände zu begründen – der eigentliche Waldbau hatte begonnen, wenn auch erst in frühen gesetzgeberischen Versuchen, die noch lange auf ihre allgemeine Verwirklichung warten mußten.

Die neubegründeten Bestände – Kulturen würden wir heute wohl sagen – wurden „mit Hag oder anderen Dornen wohl verwahret, damit weder Vieh noch Wildpret ihnen Schaden zufügen könne.“

Wohl blieb die Waldweide auf Grund hergebrachter Rechte noch lange Zeit üblich; doch nach den Absichten und Zielen der Forstordnungen und ihrer Verfasser wurde sie mehr und mehr zu einer Neben- nutzung der angestrebten intensiven Forstwirtschaft. Als Motiv ist bei solchen Anordnungen allerdings nicht nur das Streben nach gesteigerter Produktivität zu erkennen, sondern auch das Jagdinteresse des Landesherrn – so, wenn zum Beispiel die Verfügung getroffen wurde: „Es soll auch in Unseren Forsten und Wildfuhren das Eichellesen und Wildobstklauen bei Straf gewöhnlichen Waldfrevels gänzlich verboten sein und hierinnen weder Waldvögt, Forstmeister noch Knecht gefreiet sein.“ Aufschlußreich ist die Fortsetzung dieses Textes, der sich nun nicht mehr allein auf die herrschaftlichen „Forsten und Wildfuhren“ bezieht: „Jedoch wo Kommunen, Privatpersonen oder andere Schirmverwandte wären, die in ihren eigenen Gehölzen und Waldungen die Gerechtigkeit des Eckerichs von alters hergebracht, die sollen dabei belassen werden.“

Hier wird deutlich: der Landesherr erstrebte und bekräftigte in solchen Zusammenhängen seinen Anspruch auf die Forsthoheit. Er behauptete nicht nur jagdliche Vorrechte mit allen für die Untertanen so beschwerlichen Begleiterscheinungen (Jagdfronen und Wildschaden vor allem), sondern auch das Recht, Bestimmungen über die Art der Bewirtschaftung zu erlassen auch für Waldungen, die „Kommunen, Privatpersonen oder andere Schirmverwandte“ als Eigentum innehatten. In diesen Zusammenhang gehören auch Wendungen wie die, eine Bestimmung solle gel-

ten „nit allein in Unseren, sondern auch Unserer Untertanen Wäldern“ oder „gleicher Gestalt in der Untertanen Wäldern“.

Ein anderer Zusammenhang, in dem die Absicht deutlich erkennbar ist, für den ganzen Bereich der Herrschaft (des sich allmählich herausbildenden Territoriums) die Forsthoheit zu beanspruchen und vor allem zu bekräftigen: das Verbot von neuen Rodungen, von sogenannten Neugereuten. Das Recht, Rodungen zuzulassen oder von Neugereuten Gefälle zu beziehen (novalia), hat wohl immer im Zusammenhang mit dem Forstregal gestanden, aus dem sich ja die Forsthoheit im neueren Wortsinne entwickelt hat. Die Forstordnungen machten Ausnahmen vom Rodungsverbot ausdrücklich von der landesherrlichen Genehmigung abhängig. Vorgeschoben wurde auch hier der so fürsorgliche wie plausible Grund: drohender Holz-mangel. In Wirklichkeit wohl auch hier: der Landesherr dokumentierte sein Hoheitsrecht, indem er in seinem gesamten Hoheitsbereich die Verfügung der Eigentümer über den Boden einschränkte, indem er bestimmte, ob Wald in Feld oder Feld in Wald umgewandelt werden sollte oder durfte. Gerade in solchen Zusammenhängen erweisen sich die Forstordnungen aus dem 16. und frühen 17. Jahrhundert als Instrument zur Entwicklung der Herrschaften zu eigenstaatlichen Hoheitsbezirken⁴.

Wer so, wie es hier angedeutet wurde, die Forstordnungen nicht nur mit dem Blick auf die behandelte Sache – den Wald – liest, sondern zugleich bedenkt, daß mit dem Wort Forst immer auch ein Rechtsbegriff

gegenwärtig ist, dem erweist sich: in diesen Forstordnungen des 16. und frühen 17. Jahrhunderts werden auf einem Teilgebiet die mittelalterlichen Denkformen und Handlungsweisen endgültig überwunden. Die Forstordnungen sollten vor allem die Forsthoheit der Landesherrn über ein ganzes Territorium bekräftigen, sie strebten nicht nur die Versorgung, sondern die volkswirtschaftlich relevante Existenzsicherung für die Untertanen an; zugleich waren sie um die Produktivität und Rentabilität einer nach Maßgabe der damaligen Einsichten und Mittel geordneten Forstwirtschaft bemüht. Sie stehen damit am Anfang sowohl einer konsequenten Forstpolitik als auch einer systematischen Forstwirtschaft.

Anmerkungen:

¹ Reyscher, August Ludwig: Vollständige, historisch und kritisch bearbeitete Sammlung der württembergischen Gesetze. 16. Band, 1. Abt. (1845) S. 4. – ² Kieß, Rudolf: Die Rolle der Forsten im Aufbau des württembergischen Territoriums bis ins 16. Jahrhundert (Veröff. d. Komm. f. geschichtl. Landeskunde i. Bad.-Wttbg. Reihe B Forschungen, 2. Band, 1958). – ³ Zitiert wird nach Reyscher (s. Anmerkung 1), sowie nach Pfeil: Realindex und Auszug der Hochfürstlich-Württembergischen Forst-Ordnung (1748) und Schmidlin, Johann Gottlieb: Handbuch d. württembergischen Forst-Gesetzgebung (1822/1823). – ⁴ Nicht nur die Forstordnungen hatten solche Funktion und Wirkung; mit ihnen wurde hier lediglich ein spezieller Zusammenhang aufgezeigt, in dem wie in anderen auch Forstrecht dazu beiträgt, Hoheitsbezirke und Staatsterritorien zu konstituieren oder den Anspruch darauf zu betonen. Hier ist besonders auf die oben zitierte Arbeit von Kieß hinzuweisen – nicht zuletzt auch auf das dort gebotene Verzeichnis der Quellen und Veröffentlichungen.

Zur Tradition von Hölderlins „kalkulablem Gesetz“

Ein Brief von Ulrich Gaier

Sehr verehrter, lieber Herr Dr. Müller, im Winter 1967/68 habe ich Ihnen schon einmal einen Brief geschrieben, und zwar anlässlich meiner Tübinger Antrittsvorlesung über das Baugesetz des ‚Lehrlings zu Sais‘ von Novalis, über die Sie einen Bericht in der Forschungsbeilage des ‚Schwäbischen Tagblatts‘ veröffentlicht hatten. Sie wiesen auf einige Unklarheiten, äußerten allgemein Zweifel an der Existenz dieses Baugesetzes, das ich, wie sie vermerkten, sowohl bei Hölderlin wie nun auch bei Novalis verwirklicht finde. Meinen Antwortbrief haben Sie in der folgenden Nummer der Kulturbeilage veröffentlicht; ich konnte darin nur einige der angeschnittenen Fragen versuchsweise

beantworten. Aber – und deshalb schreibe ich Ihnen nun wieder – ihre Kritik hat mich weiter beschäftigt und war der Antrieb meiner Forschungsarbeit in den vergangenen zwei Jahren. Dieses Schreiben stellt also einen Zwischenbericht über meine Ergebnisse und zugleich einen Dankesgruß für Ihre Wirkung als Mäeutiker dar, den ich Ihnen zu Ihrem 70. Geburtstag bringen möchte.

Hardenbergs Lektüre läßt sich leichter überblicken als die Hölderlins; es gibt nicht nur die beiden überlieferten Bücherlisten, sondern auch seine zahlreichen Exzerpte und die zum Teil kommentierenden Nennungen in den Notizen. Diesen Hinweisen bin ich nachgegan-